

Zum demagogischen
Abschöpfen
von Ressentiments

Linkspopulismus als Herausforderung

Tilman Mayer

Die Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, Gesine Schwan, hat recht, wenn sie Oscar Lafontaine als Demagogen bezeichnet. Die Polemik macht Sinn, aber mit ihr allein bannt man den erneut real existierenden Sozialismus allerdings nicht. Das Parteienspektrum hat sich durch das Geschick des ehemaligen SPD-Chefs klar verändert. Insofern ist die Rache an seiner Partei für deren Schröder-Kurs erfolgreich. Aber sein Egotrip in der Ex-Honnecker-Partei beschädigt auch die demokratische Kultur der Bundesrepublik.

Will man sich mit der Linken beschäftigen, müsste man sich nicht nur mit Oscar Lafontaine befassen. Gleichwohl ist er die Galionsfigur in einer nicht galionsarmen Partei, und deshalb ist dieser Frontmann durchaus gleich von vornherein analytisch zu sezieren. Oscar Lafontaine tritt das Erbe der Diktatur des Sozialismus an. Er leidet nicht unter dieser Bürde. In der bundesdeutschen Geschichte ist es einmalig, dass eine ehemalige Diktaturpartei überhaupt im Verfassungsspektrum geduldet wird und nun in Gestalt eines Linkspopulismus Revanche nehmen darf am Untergang ihres gescheiterten Staates. Insofern ist es nicht nur die Revanchestrategie Oscar Lafontaines, der sich in einem neo-sozialistischen Umfeld nun an seiner Sozialdemokratie abarbeiten kann.

Es muss zur Beurteilung Lafontaines viel stärker betont werden, dass er als Bundesfinanzminister grandios gescheitert ist. In der Europäischen Union hat er

sich damals eine vernichtende Kritik bezüglich seiner Kompetenz einhandeln müssen. Seine vorgeschlagenen Konzepte waren derartig abstrus, dass die Aburteilung des deutschen Finanzministers in europäischen Medien fast schon das Ansehen der Bundesrepublik beschädigt hat. Es gilt deswegen immer wieder darauf hinzuweisen, dass Oscar Lafontaine aus seinem Amt geflohen ist. Er ist als Finanzminister eindeutig gescheitert. Er war unfähig, den Anforderungen an dieses Amt gerecht zu werden. Er hat diese strategische Niederlage zu verwischen gesucht, indem er zugleich auch die Sozialdemokratie mitbeschädigt hat und vollkommen verantwortungslos nicht nur das Amt des Finanzministers, sondern auch das des Parteivorsitzenden weggeworfen hat. Diese Vorgänge sind das Wichtigste, was man zu Oscar Lafontaine sagen muss. Dass auch Gregor Gysi in Berlin unfähig war, sein Amt auszuführen, rundet das Bild über diese Partei ein-drucksvoll ab.

Ein reaktionärer Weg

Zerwürfnisse innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie hat es öfter gegeben, Lafontaine hat dieses Zerwürfnis eskaliert. Auch das programmatische Selbstverständnis Lafontaines während der Wiedervereinigung und davor charakterisieren eine politisch gescheiterte Existenz. Lafontaine hat sich durch eine antinationalstaatliche Position profiliert, die durch die Wiedervereinigung grandios widerlegt wurde. Lafontaine hat die

CDs mit Liedern der früheren DDR-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) wurden am Sonntag, dem 25. Mai 2008, in Cottbus beim Parteitag der Linkspartei zum Verkauf angeboten. Das Treffen zum 1. Bundesparteitag fand knapp ein Jahr nach der Parteigründung statt.

© picture-alliance/dpa, Foto: Peer Grimm



Teilung Deutschlands absolut verinnerlicht gehabt, er wollte die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen; das heißt, er stellte sich auch damals schon absolut opportunistisch auf den Status Quo ein. Dass die von Lafontaine damals ausgestoßenen Ostdeutschen nun ausgerechnet ihm – zum Teil jedenfalls –, zustimmen, demonstriert die Manipulationsmöglichkeiten in der politischen Arena.

Über die Programmatik der Linken ist viel geschrieben worden. Von einem modernen Sozialismus kann nicht gesprochen werden. Insofern sind die Sozialdemokraten zu bemitleiden, dass einer der ihren den Weg zurück in die Geschichte wählt, anstelle sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Oscar Lafontaine will nicht ein altes Programm bewahren, sondern er wählt einen Weg zurück, weswegen er nur als linker Reaktionär sach-

lich vollkommen korrekt zu charakterisieren ist. Selbst die KP Chinas vertritt nicht mehr ein Verstaatlichungsprogramm. Warum die Linke innerhalb der Sozialdemokratie allerdings Sympathie hegt für derartige Zurückentwicklungen, gehört zu den Dilemmata der Sozialdemokratie.

Lücken sozialer Gerechtigkeit

Natürlich ist die Linke in der Bundesrepublik in sehr starkem Maße nach wie vor eine Ostpartei und insofern eine Regionalpartei. Wählerpolitisch ist diese regionale Einordnung zwischenzeitlich aber nachrangig geworden, weil jenseits der Erbschaft von SED und PDS die Linke neues Terrain zu erobern sich anschickt. Überwölbend trat ein sozialer Populismus hinzu, von dem die Partei zwischenzeitlich leben kann. Die wohl wichtigste

„Leistung“ der Linken liegt darin, dass sie äußerst geschickt soziale Vorurteile und Ressentiments nähren kann und dass sie ihre „Wühlarbeit“ als Kampf für soziale Gerechtigkeit auszugeben vermag. Sie schürt Vorurteile, hetzt die Zu-kurz-Gekommenen auf, wühlt also auf, ohne die Gewähr zu bieten, dass sie ihre Klientel wirklich voranbringt.

In einer sich globalisierenden Welt fällt es nicht schwer, auf Lücken der sozialen Gerechtigkeit hinzuweisen. Anpassungen an marktwirtschaftliche Entwicklungen vorzunehmen fällt nicht leicht. Der Linken ist es gelungen, sich mit diesen Lücken zu beschäftigen. Umgekehrt wird man sagen müssen, dass die beiden großen Volksparteien diese Lücken haben entstehen lassen, der sogenannte „kleine Mann“ ist nicht mehr die Haupt Sorge der großen Volksparteien, die entsprechend weniger Stimmen einbeziehen können. Es sei daran erinnert, dass die CDU im Ostdeutschland der ersten Hälfte der Neunzigerjahre als die große Arbeiterpartei gelten konnte. Nun ist es der Linken gelungen, sich das Image eines „Kümmerers“ zuzulegen, wobei sie einzig und allein von diesem Image und nicht von dem dazugehörigen Sachverhalt lebt. Die Linke ist Spezialistin im Schüren eines Bodensatzes sozialer Ressentiments: gegen die sogenannten Reichen, gegen die Reformen als Ausbeutungen des kleinen Mannes. Das Thema Armut wird besetzt. Angesichts dieser Strategie ist es klar, warum eine Politik, die Verantwortung übernimmt, der Partei nur schaden würde. Sie würde zu Widersprüchen führen, sie würde die geschürten Ansprüche nicht befriedigen können. Insofern ist die Linke prädestiniert, eine Oppositionsrolle zu übernehmen.

Perspektiven jenseits der Linken

Die Sozialdemokraten sind dagegen in einer Sandwich-Position zwischen den Neo-Sozialisten der Linken, deren Sozi-

alpopulismus und Opportunismus Substanz von der Sozialdemokratie abzieht, und den nicht sozialdemokratischen Parteien, die dennoch eine soziale Komponente fest verankert haben, wie die CSU in Bayern oder weite Kreise in der CDU, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Die Sozialdemokratie befindet sich insofern in einer Zerreibungsphase. Substanz geht verloren, der Identitätsverlust, verbunden mit der Frage „Soll man sich mehr links oder mehr rechts orientieren?“, nimmt bedenkliche Formen an. Die nervenaufreibende Entwicklungsphase lässt die Sozialdemokratie als besonders strapaziösen Koalitionspartner dastehen.

Die Liberalen sind an ein Reformdenken gebunden, was zurzeit ein Nachteil ist, da Reformen nach der Bundestagswahl 2005 als neoliberale Zerstörungsphilosophie diskreditiert werden. Den Liberalen gelingt es nicht, in eine populistische Belieblichkeit und Wechselhaftigkeit zu verfallen. Diese Festigkeit gerät ihnen dann zum Nachteil, wenn eine wendige Koalitionseigenschaft verlangt wird. Hinzu kommt für die Liberalen, dass sie kaum Aufmerksamkeit finden und versuchen müssen, mit spektakulären Forderungen und Auftritten auf sich hinzuweisen. Steuerentlastungsstrategien gehören zum Arsenal der Liberalen, aber sie sind bereits überall im Angebot. Insofern breitet sich in diesem Spektrum eine gewisse Verbitterung aus, man propagiert absolut notwendige Reformen und wird trotzdem für diese Aufklärung abgestraft.

Ein ähnlicher Effekt wie beim Liberalismus ist auch bei den Grünen zwischenzeitlich eingetreten, nämlich, dass sich ähnlich wie die liberale Substanz die ökologische Thematik zwischenzeitlich auf alle Parteien verteilt hat. Alle Parteien haben sich an diesem Thema Verdienste erworben. Die Grünen profitieren von einem eher unpolitischen Umweltgedanken in ihrer Anhängerschaft, und in der

Zukunft stellt sich die Frage, ob sich auf Bundesebene aus dieser Konstellation heraus jenseits des Rechts-links-Schemas eine Koalitionsfähigkeit entwickelt, die ehemalige Lagergrenzen auf Zeit überwindet. Insofern könnten sich die Grünen als *Allrounder* erweisen, was aber andererseits bedeutet, dass sie sich trotz allem in einem rot-rot-grünen Bündnis wiederfinden könnten. Die Spätachtundsechziger innerhalb der Partei sind noch nicht vollständig in der Zukunft angekommen. Vor diesem Hintergrund gilt es festzuhalten, dass das Aufkommen der Linken dazu geführt hat, dass ein demagogisch-populistisches Abschöpfen von Ressentiments bewirkt, dass die Wahlbevölkerung eigentlich besonders intensiv über den Gang der Dinge aufgeklärt werden müsste. Die Deutungshoheit über prekäre soziale Angelegenheiten scheint den beiden großen Volksparteien eher entglitten zu sein, was zur Politikverdrossenheit beiträgt.

Verankerung auf breiter Basis

Die Sichtbarkeit markanter sozialpolitischer und marktwirtschaftlicher Positionen müsste wiederhergestellt werden. Dies ist eine Aufgabe, der sich nur eine Volkspartei annehmen kann, und die CDU hat durchaus die Möglichkeit, sich auf stabilisierende Faktoren ihres *Catch-all-Charakters* zurückzubekümmern. Die Union als Volkspartei kann das Bündnis der Länder in ihrem Unionscharakter zum Ausdruck bringen. Sie stellt ein Bündnis dar, des östlichen wie des westlichen Landesteiles. Sie stellt ein Bündnis dar von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Katholiken und Protestanten, von Liberalen und Konservati-

ven, und hinzu tritt zwischenzeitlich ein Bündnis von ökonomischen und ökologischen Gruppierungen innerhalb der Partei. Insgesamt entsteht dadurch eine Basis für Koalitionen in einem neu arrangierten Parteiensystem, und der Unionsgedanke stellt ein Kapital dar, weil potenziell eine Verankerung auf breiter Basis möglich sein müsste.

Insofern wäre es womöglich sinnvoll, die Parteiflügel zu profilieren, aber nur dann, wenn darüber die Einheit, also der Unionscharakter der Partei, sichtbar bleibt. Nur eine einheitlich auftretende Partei, die um die Zukunft ringt, gewinnt Zustimmung in der Bevölkerung. Nur der soziale und der wirtschaftliche Flügel zusammen können eine reformerische Dynamik überhaupt aufrechterhalten.

Leidenschaft plus Sachlichkeit

Im Übrigen ist es ganz selbstverständlich, dass in Zeiten, in denen offensichtlich eine zum großen Teil doch unpolitisch werdende Wählerschaft nur spezifisch angesprochen werden kann, dann ein gewisser Populismus der Mitte unbedingt zur Stabilisierung der Aufgabe der Volksparteien hinzutreten muss. Daher kommt es auf ein rhetorisches Geschick der Führungspersönlichkeiten in diesen Zeiten wieder besonders an. Zu den Führungsfähigkeiten gehört selbstverständlich eine Kompetenz in der Sache. Eine Kombination aus Performanz und Kompetenz auf der bundespolitischen Ebene wird demagogischer Agitation weniger Entfaltungsmöglichkeiten geben. Insofern kommt es auf ein geschicktes Arrangement in der Führungsstruktur der Volksparteien an.